



«Reform muss auf nationaler Ebene verhandelt werden»

Daniel Kosch, Generalsekretär der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz, war als Beobachter an der ersten Synodalversammlung in Deutschland.



Schweiz

Daniel Kosch wünscht sich auch für die Schweiz einen synodalen Weg | © zVg RKZ

An der Synode wurden in vielen Statements Reformen gefordert. Ist dies bei den deutschen Bischöfen angekommen?

Kosch: Eine grosse Zahl der deutschen Bischöfe ist sich bewusst, dass Veränderungen geschehen müssen, damit die Kirche wieder an Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft, aber auch bei den eigenen Mitgliedern gewinnt.

Was war an der Synode Ihre Aufgabe als Beobachter?

Kosch: Die Einladung zahlreicher Beobachterinnen und Beobachter ist Ausdruck einer unmissverständlichen Absage an einen «deutschen Sonderweg». Die deutsche Kirche will den Weg in ökumenischer Verbundenheit und im Austausch mit der Kirche in benachbarten Ländern gehen.

Von welchen Statements haben Sie sich bestätigt gefühlt?

Kosch: Bei Aussagen zur Dringlichkeit von Reformen, zur Stellung der Frau, die verbessert werden muss, und bei Aussagen darüber, dass die Macht in der Kirche anders verteilt werden muss, wenn sie der Forderung von Papst Franziskus entsprechen will, synodale Kirche zu sein.

Was nehmen Sie für die Kirche Schweiz aus der Diskussion mit?

Kosch: Ich bin mehr denn je überzeugt, dass die Glaubwürdigkeitskrise und die Reform der Kirche auch bei uns auf nationaler Ebene verhandelt werden müssen. Bei uns fehlt so etwas wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Also ein Gefäss, in dem sich Verbände, staatskirchenrechtliche Körperschaften, Ordensgemeinschaften, Hilfswerke und

viele mehr zusammenschliessen, um die Breite der Kirche sichtbar zu machen, Ansprechpartnerin für die Bischofskonferenz zu sein und sich in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Als Zweites nehme ich die Erfahrung mit, dass es möglich ist, die spirituelle Dimension auf gute Art mit anspruchsvoller Gremienarbeit zu verbinden. Mehrmals am Tag wurde unsere Aufmerksamkeit auf die zentralen Fragen gerichtet, was der Wille Gottes ist und was vom Evangelium her gefordert ist.

Wünschen Sie sich einen ähnlichen Prozess in der Schweiz?

Kosch: Ja, das wäre eine grosse Chance. Dabei wären neben der Schweizer Bischofskonferenz und der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz weitere Organisationen einzubinden.

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Im Livestream um die Kirche ringen

Die erste Synodalversammlung in Deutschland wurde per Livestream übertragen. Dadurch bekam die Öffentlichkeit Einsicht nicht nur in den Wortlaut der Statements. Da wurde noch viel mehr sicht- und hörbar.

Da war die junge Frau, die mit brüchiger Stimme sagte: «Ich fühle mich sehr unwohl, hier zu stehen, als Nicht-Mann, als nicht heterosexuelle Person.»

Da war der Bischof, der mit verschränkten Armen vor dem Mikrofon stand, als er sagte: «Ich möchte auch ein wenig dem Eindruck entgegenwirken, als wäre jetzt seit zehn Jahren gar nichts geschehen.»

Und dann war da dieser junge Mann mit seinem Tablet am Mikrofon: «Der Missbrauch durch einen Priester war für mich das Schlimmste.» Für die 90 Sekunden seines weiteren Statements war es still im Saal. Als er geendet hatte, folgte eine Standing Ovation.

Es sind diese Momente, die die Synodalversammlung wertvoll machen, unabhängig davon, was sie an konkreten Veränderungen bewirken wird. Hier werden Menschen sicht- und spürbar, Menschen, die mit sich, mit der Kirche und miteinander ringen. Das berührt, und es verändert jene Menschen, die daran teilhaben – sei es vor Ort oder via Livestream.

Dass die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken den Mut hatten, sich so der Öffentlichkeit zu zeigen, ist ein gewaltiger Schritt in Richtung Transparenz. Dies kann angesichts von Vertuschung und Missbrauch, die am Anfang des synodalen Weges standen, nicht hoch genug gewertet werden.



Sylvia Stam

Redaktionsleiterin des Katholischen Medienzentrums

«Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten»

Weihbischof Alain de Raemy nahm als Beobachter an der Synodalversammlung in Deutschland teil.

Wie haben Sie die erste Synodalversammlung in Deutschland erlebt?

Alain de Raemy: Einerseits mit vielen offenen Fragen, die noch nicht beantwortet sind. Andererseits habe ich auch einen Nachholbedarf bei mir selbst festgestellt: Ich kenne die Situation der katholischen Kirche in Deutschland noch nicht so gut.

Wünschen Sie sich eine ähnliche Diskussion zwischen Laien und Bischöfen in der Schweiz?

De Raemy: Eine gemeinsame Diskussion wünsche ich mir schon, aber nicht unbedingt in einem so riesigen Gremium, wo dann doch nicht alle vertreten sind, das ist parlamentarisch fast zu gut organisiert, «à l'allemande» (lacht). Damit meine ich auch den Druck der begrenzten Zeit für den synodalen Weg. Es wider-

spricht dem Wunsch des Papstes, dass man in der Unterscheidung der Geister eben nicht im Voraus zu einer bestimmten Zeit Beschlüsse haben will.

Ziehen Sie kleinere Formate vor?

De Raemy: Ja, und natürlich müssen die Resultate dann auf nationaler Ebene zusammenkommen. Wie das konkret geschieht, weiss ich allerdings jetzt noch nicht.

Was wünschen Sie den deutschen Katholiken auf ihrem weiteren Weg?

De Raemy: Ich wünsche ihnen, dass sie das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Dass sie nicht beim Blick auf all das Negative, was in der Kirche geschieht, stehen bleiben, sondern auch sehen, was alles an Grossartigem weiterlebt. **Sylvia Stam**



Alain de Raemy, Weihbischof von Lausanne, Genf und Freiburg | © Barbara Ludwig

Fortsetzung von vorheriger Seite

«Nationale Ebene»

Die Schweiz ist nicht Deutschland.

Natürlich ist die Mehrsprachigkeit unseres Landes eine zusätzliche Herausforderung, aber wir machen in der RKZ die Erfahrung, dass die Diskussionen nicht den Sprachgrenzen entlang verlaufen. Auch müssten wir die Mitglieder der Migrationsgemeinden einbinden. Das wäre gerade mit Blick auf echte Synodalität eine Chance, denn die katholische Kirche in der Schweiz ist

gewissermassen eine «Weltkirche im Taschenformat».

Wie geht es in Deutschland weiter mit dem synodalen Weg?

Kosch: In den kommenden zwei Jahren finden vier solche Versammlungen statt. Dazwischen arbeiten die Foren zu den Themen Macht, priesterliche Existenz, Rolle der Frau und Sexualität. Die Verantwortlichen sind sich bewusst, dass der Erfolg des Weges davon abhängt, dass am Ende nicht kluge Papiere, sondern handlungsrelevante Vorschläge vorliegen. **Sylvia Stam**

Aktionsbündnis enttäuscht von Vatikan-Antwort

Das Aktionsbündnis «Zeichen gegen Missbrauch» hat vom Vatikan eine Antwort auf eine Petition erhalten. Strukturveränderungen würden Identitätsveränderungen bedeuten, heisst es darin.

Im August übergaben die Initianten des Aktionsbündnisses «Zeichen gegen Missbrauch» den von 620 Personen unterzeichneten Forderungskatalog an Nuntius Thomas E. Gullickson. Nun hat der Vatikan geantwortet.

Unterzeichnet ist der Brief von Prälat Roberto L. Cona, Assessor im Staatssekretariat. Er könne versichern, dass Papst Franziskus Prävention und Bekämpfung von Missbrauch in all seinen Formen ein sehr wichtiges Anliegen sei, heisst es im Brief.

Wenn es um die Veränderung von Strukturen geht, so erteilt der Prälat dem Aktionsbündnis eine klare Absage. Eine Änderung der Identität der Kirche komme nicht infrage: Gemäss dem Willen des göttlichen Stifters Christus werde die Kirche vom Nachfolger Petri und von den Bischöfen geleitet. Gerade in der hierarchisch-sakramentalen Struktur der Kirche werde das Erlösungswerk Christi auf Erden fortgesetzt.

Brief geht nicht auf Forderungen ein

«Ernüchternd bis konsternierend» findet Christoph Wettstein vom Aktionsbündnis dieses Schreiben. Der Brief sage nichts aus, er gehe überhaupt nicht auf ihre Forderungen ein. Als «Totschlagargument» bezeichnet Wettstein, der als Spitalseelsorger arbeitet, die im Brief erwähnten geistlichen Massnahmen als Mittel gegen den Missbrauch. «Beten ist gut und recht, das verhindert aber keinen einzigen Missbrauch.»



Katholikinnen und Katholiken demonstrierten für eine demokratischere Kirche. | © Ueli Abt

Die Kirche müsse weniger hierarchisch werden. Dafür habe man aber im Vatikan kein Musikgehör. Der Seelsorger geht nicht davon aus, dass das Anliegen bis zum Papst gelangte – auch wenn es darin heisse, der Papst schliesse die Initianten gerne in sein Gebet ein.

Abschluss der Initiative

«Das wird eine Floskel sein, die in jedem Brief steht», so Wettstein. Der Nuntius habe schon bei der Übergabe im vergangenen August vor illusorischen Erwartungen gewarnt und klargemacht, dass der Papst nur von einem Teil der an ihn gerichteten Anliegen Kenntnis erhalte.

Unter den acht Theologinnen und Theologen des Aktionsbündnisses bestünden unterschiedliche Meinungen, wie man nun weiterfahren wolle. «Wir haben darüber diskutiert, ob man Herrn Cona zurückschreiben solle, wie das die einen vorschlugen. Andere fanden, das sei bloss Energieverschwendung», sagt Wettstein.

Am Seelsorgekapitel des Generalvikariats Zürich-Glarus im April werde man über das Schreiben berichten. Dies im Sinne eines Abschlusses der Initiative. Was eine mögliche Erneuerung der Kirche betrifft, so ist Wettstein von den Bischöfen enttäuscht. Von ihnen gingen höchst widersprüchliche Signale aus. **Ueli Abt**

Bischof Morerod weist Vorwürfe zurück

Der Fall eines Domherrn in Freiburg, der einen 17-Jährigen missbraucht haben soll, macht in den Medien die Runde. Bischof Morerod weist den Vorwurf zurück, er habe den Fall verschlampt.

Ein heute 39-jähriger Westschweizer Universitätsdozent wirft dem Domherrn vor, ihn 1998 sexuell missbraucht zu haben. Die Mutter des jungen Mannes soll zwei Jahre später vom Übergriff erfahren und dem Geistlichen einen Brief geschrieben haben.

Dieser habe anschliessend mit einem Brief den jungen Mann um Vergebung gebeten. Darin soll der Priester den Vorfall laut Ta-

ges-Anzeiger als «einmaliges Fehlverhalten» bezeichnet haben. Im Jahr 2001 gab es eine Schlichtungssitzung. Der Domherr bestritt Ende 2019 den Übergriff. In den Medien erklärt der beschuldigte Priester nun, er sei vom jungen Mann aktiv angegangen worden, und weist die Vorwürfe zurück.

Ins Kreuzfeuer ist auch Diözesanbischof Charles Morerod geraten. Medien werfen

ihm vor, er sei der Sache nicht nachgegangen. Das Protokoll der Schlichtungssitzung habe er zum ersten Mal im Dezember 2019 gesehen, sagt Morerod. Im Protokoll stehe nicht, was sich 1998 ereignet hatte.

Details verschwiegen

Morerod zitierte 2016 den Priester. Dieser sprach von einer Affäre mit einer erwachsenen Person. Morerod bedauert, dass er damals der Sache nicht auf den Grund ging.

Als der Tages-Anzeiger-Journalist Michael Meier Morerod über seine Rechercheergebnisse informierte, habe der Bischof den beschuldigten Pfarrer aufgrund der Schwere der Vorwürfe für die Dauer der Untersuchung des Amtes enthoben. (ueb/gS)

Schweiz

«Underkath»-Videos: 2019 fast 100 000 Aufrufe

Das Jugendprojekt «Underkath» des Katholischen Medienzentrums Zürich blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück. Die Videobeiträge auf dem Youtube-Kanal wurden fast 100000 Mal aufgerufen. Die Hauptzielgruppe der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 habe man gut erreicht, sagt Silvan Maximilian Hohl, Produzent und Coach bei «Underkath». (kath.ch) (Bild: Silvan Hohl | © Christoph Wider)



Christkatholiken debattieren die Ehe für alle

Die christkatholische Kirche diskutiert an einer ausserordentlichen Synode Anfang März, wie sie sich zur Ehe für alle stellen soll. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung müsse die Kirche vorausdenkend eine Antwort auf diese Frage bereithalten, sagt Bischof Harald Rein. Es soll untersucht werden, was biblisch und von der Tradition unaufgebbar sei und was nicht. (gs)

Ausland

NS-Vergleich stösst auf klare Ablehnung

Der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller hat den Reformdialog «synodaler Weg» und den Beginn der NS-Herrschaft miteinander verglichen. Damit stösst er auf Kritik.

Impressum

kath.ch religion-politik-gesellschaft ist eine Publikation des Katholischen Medienzentrums Zürich. Sie erscheint als Beilage zur Schweizerischen Kirchenzeitung.

Verantwortung: Regula Pfeifer; Redaktion dieser Ausgabe: Georges Scherrer

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet. Entsprechende Anfragen an 044 204 17 80 oder redaktion@kath.ch.

Foto zur «Meinung» | © Christoph Wider

Der Würzburger Bischof Franz Jung nannte die Äusserungen «sehr fehl am Platz». Jesuit Bernd Hagenkord sprach von einem «vergiftenden» Vergleich. Müller sagte zum Vergleich: «In einem suizidartigen Prozess hat die Mehrheit entschieden, dass ihre Entscheidungen gültig sind, auch wenn sie der katholischen Lehre widersprechen.» (kna)

Marx informiert Papst

Kardinal Reinhard Marx hat den Papst am Montag über die erste Synodalversammlung der katholischen Kirche Deutschlands in Frankfurt informiert. Der Vatikan selbst machte zu den Gesprächsthemen der Begegnung keine Angaben. Der Kardinal wird den Papst weiterhin über den synodalen Weg auf dem Laufenden halten. Der Prozess der katholischen Kirche in Deutschland wird international aufmerksam beobachtet. In dem Diskussionsforum wollen die deutschen Bischöfe und Laienvertreter über kirchliche Reformen sprechen. (kna)

Vatikan

Aufgaben von Vatikanpräfekt Gänswein «umverteilt»

Erzbischof Georg Gänswein (63) ist von seinem Amt als Leiter des Päpstlichen Hauses beurlaubt worden. Der Vatikan spricht von «normaler Umverteilung der Aufgaben». Möglicher Grund der Beurlaubung ist laut Medien eine «unglückliche Präsentation» eines Buches von Kardinal Robert Sarah über Priestertum und Zölibat, zu dem Benedikt XVI. einen Aufsatz beisteuerte. Die Publikation wurde von Beobachtern als Affront gegen Franziskus aufgefasst. (kna) (Bild: Georg Gänswein | © Oliver Sittel)



Argentinischer Ordensgründer aus Klerikerstand entlassen

Papst Franziskus hat den Gründer der katholischen Ordensgemeinschaft «Miles Christi» (Soldat Christi), den Argentinier Roberto Juan Yannuzzi, aus dem Klerikerstand entlassen. Dies teilte das Erzbistum La Plata vor Kurzem mit. Eine monatelange Untersuchung der römischen Glaubenskongregation kam demnach zum Schluss, dass Yannuzzi sexuelle Übergriffe gegen Erwachsene begangen habe. (kna)

Social Media

Pflicht zur Bibellektüre

Ein neuer Fall von Missbrauch durch einen Priester macht in den Schweizer Medien die Runde. Der Westschweizer soll sich an einem 17-Jährigen vergriffen haben.

Die Aufregung auf Social Media hält sich in Grenzen. Die Person mit dem Pseudonym Maria Jesaja hat eine klare Meinung: «Schafft Zölibat ab und dann ist Ruhe im Kanton. Es ist gegen Gott und Natur, dass ein Mann Zölibat lebt, lest die Bibel, da steht es. Apostel Paulus sagt: Wenn sich einer nicht enthalten kann, dann soll er heiraten!»

Jürgen Neidhart und Marie-Louise Jörg weisen auf den ersten Timotheusbrief, Vers 4,3 hin. Interessant ist nun, was in der zitierten Stelle des Timotheusbriefes steht. Dort heisst es über die «Zurückweisung falscher asketischer Forderungen»: «Sie verbieten die Heirat und fordern den Verzicht auf bestimmte Speisen, die Gott doch dazu geschaffen hat, dass die, die zum Glauben und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangt sind, sie mit Danksagung zu sich nehmen.»

Luzia Eller relativiert: «Das hat überhaupt nichts mit dem Zölibat zu tun, sonst wären alle Singles, Mönche, Buddhisten, Hindu-Mönche auch pervers.» Auch nicht zölibatär lebende Menschen würden sich an Kindern vergreifen.

Für Andreas Ambühl hat Missbrauch «eher nichts mit Sexualität als mit Machtausübung zu tun». Sexualität bestehe zwischen gleichberechtigten Menschen. Bei Missbrauch sei das nicht der Fall. Samuel Kräuchi fordert, dass Priesteramtskandidaten genau geprüft werden müssen. (gs)

Zitat

«Was nützen Gedenktafeln, wenn Menschen in unserer Kirche immer noch missbraucht werden? Es droht zur Alibiübung zu werden.»

Franziska Driessen-Reding

Die Zürcher Synodalratspräsidentin reagiert auf Facebook auf die Enthüllung einer Gedenktafel für Opfer von sexuellem Missbrauch im Wallis.